

Kandidaten/innen-Check von abgeordnetenwatch.de und SPIEGEL online

1. Um Ausbeutung zu verhindern, brauchen wir Mindestlöhne für alle Branchen.

Stimme zu. Wir benötigen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der damit auch alle Branchen umfasst.

2. Der Kündigungsschutz sollte gelockert werden um Arbeitsplätze zu schaffen.

Das sehe ich anders. Der Kündigungsschutz muss ausgeweitet werden, u.a. damit Arbeitnehmer/innen nicht erpressbar sind

3. Die Türkei gehört nicht in die EU.

Stimme nicht zu.

4. Die Bundeswehr soll sofort aus Afghanistan abziehen.

Stimme zu.

5. Deutschland soll mehr Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung aufwenden.

Stimme zu, mindestens 0,7% des Bruttoinlandsproduktes sollte für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden.

6. Die Wehrpflicht muss abgeschafft werden.

Ja.

7. Das Erststudium soll grundsätzlich kostenlos sein.

Weil Bildung ein Menschenrecht ist, finde ich diese Forderung richtig. Toll, dass Berlin keine Studiengebühren hat. Links wirkt auch hier.

8. Politiker sollen keinen Einfluss auf Entscheidungen über die Besetzung wichtiger Positionen bei öffentlich-rechtlichen Sendern nehmen

Ich halte diese Auffassung für falsch. Die Sender sind öffentlich-rechtlich, weil sie durch die öffentliche Hand kontrolliert werden sollen.

9. Das dreigliedrige Schulsystem (Gymnasium, Realschule, Hauptschule) muss erhalten bleiben.

Ich glaube, dass die Gemeinschaftsschule, also längeres gemeinsames Lernen, zu mehr Gerechtigkeit führt. Das dreigliedrige Schulsystem sollte deshalb perspektivisch überwunden werden. Schön, dass es in Berlin das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule gibt.

10. Die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen halte ich für notwendig, um eines Tages Krankheiten wie Parkinson oder Diabetes heilen zu können.

Diese Frage mit 300 Zeichen zu beantworten ist schlicht unmöglich. Es gibt gute Argumente für die Forschung und gute Argumente gegen die Forschung. Ich tendiere dazu, diese Forschung zuzulassen.

11. Durch eine Änderung des Grundgesetzes müssen Volksabstimmungen und Volksbegehren auf Bundesebene durchgesetzt werden.

Ja und deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag auch einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Schade, dass die Unionsfraktion diese Änderung des Grundgesetzes in der letzten Legislaturperiode geblockt hat.

12. Fett, Zucker, Salz: Der Gesetzgeber muss eine verpflichtende Ampel-Kennzeichnung auf Lebensmittelverpackungen einführen.

Das sehe ich auch so.

13. Die Filterung von Inhalten im Internet oder die Einführung von Zugangssperren für bestimmte Internetseiten sind grundsätzlich abzulehnen.

Ja, Zensursula darf in der nächsten Legislaturperiode keine Chance bekommen ihr Projekt der Internetsperren weiter zu verfolgen.

14. Atomkraftwerke müssen möglichst schnell vom Netz genommen werden.

Dies ist richtig.

15. Topverdiener zahlen zu wenig Einkommensteuer.

Reiche Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Deswegen müssen Topverdiener mehr Einkommenssteuer zahlen. Wir als LINKE schlagen einen Spitzensteuersatz von 53% vor, was zu einer Mehrbelastung ab einem Jahreseinkommen von 70 245 Euro im Jahr führen würde.

16. Der Haushalt sollte so schnell wie möglich ausgeglichen werden, auch wenn Konjunkturprogramme dadurch beschnitten werden.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Weg ist. Ich stimme dieser Aussage nicht zu.

17. Kleine Bundesländer, wie zum Beispiel Bremen und das Saarland müssen mit Nachbarn fusionieren.

Es gibt kein „muss“. Eine Fusion von Ländern kann nur auf freiwilliger Basis und nach Zustimmung der Bevölkerung erfolgen.

18. Die privaten Krankenkassen gehören abgeschafft.

Da DIE LINKE eine solidarische Bürger/innenversicherung für alle möchte ist es nur logisch die privaten Krankenkassen abzuschaffen bzw. eine Beschränkung auf das Angebot von Zusatzversicherungen zu beschränken.

19. Deutschland braucht die Bundeswehr zum Anti-Terror-Kampf im Inland.

Auf gar keinen Fall. Ein Bundeswehreinsatz im Inneren würde dem Grundgesetz widersprechen. Schäubles Traum vom Bundeswehreinsatz im Inneren muss verhindert werden.

20. Die Sicherheitsbehörden in Deutschland brauchen mehr Befugnisse, um besser gegen den Internationalen Terrorismus vorgehen zu können.

Die Sicherheitsbefugnisse wurden schon völlig unnötig ausgeweitet. Es ist eher eine Evaluierung der Sicherheitsgesetze nötig, als eine Erweiterung, sonst droht tatsächlich der präventive Sicherheitsstaat.

21. Es braucht ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD.

Ein Verbotsverfahren der NPD ist richtig, allerdings müssen zunächst die V-Männer abgezogen werden. Darüber hinaus muss Faschismus durch zivilgesellschaftliches Engagement bekämpft werden, wichtig wäre eine Verstetigung der Finanzierung (Regelfinanzierung) von Anti-Nazi-Projekten.

22. Videoüberwachungen machen öffentliche Plätze sicherer

Das halte ich für falsch. Videoüberwachung führt zur Verdrängung von Kriminalität, bekämpft aber nicht deren Ursachen. Videoüberwachung ist ein schwerer Eingriff gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

23. Gentechnisch veränderte Lebensmittel lehne ich grundsätzlich ab.

Dieser Aussage stimme ich zu.

24. Deutsche Landwirte sind auf Subventionen angewiesen und sollen sie deshalb erhalten.

Auch hier gibt es pro und contra und ist eine Antwort in 300 Zeichen nicht möglich. Insbesondere EU-Subventionen sollten für soziale und ökologische

Leistungen der Agrarbetriebe eingesetzt werden, und ihre Verteilung transparent zu machen.

25. Der Staat soll nicht Ehen fördern, sondern Kinder.

Diese Aussage ist richtig. Es geht darum, das Ehegattensplitting als eine besondere Form der Förderung der Ehe abzuschaffen und durch eine individuelle Besteuerung zu ersetzen, wobei tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich zu fördern ist.

26. Die Renten dürfen nicht mehr so stark steigen, damit die Jüngeren weniger belastet werden.

Es gibt keinen Gegensatz zwischen Jung und Alt, sondern maximal zwischen Arm und Reich. Ich kann dieser Aussage nicht zustimmen.

27. Jedem Deutschen soll eine Grundeinkommen gewährt werden, der über dem Hartz IV-Regelsatz liegt.

So wie die Frage gestellt wird, kann sie nur mit NEIN beantwortet werden, eine Beschränkung auf Deutsche lehne ich ab. DIE LINKE fordert für alle in der Bundesrepublik lebenden Bürger/innen eine sanktionsfreie Mindestsicherung deutlich über dem Hartz IV-Regelsatz.

28. Deutschland muss sich endlich als Einwanderungsland begreifen.

Selbstverständlich. Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so.

29. Auf deutschen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten.

Ja.

30. Es dürfen nur noch Autos mit einem Spritverbrauch von maximal 7 Litern auf 100 Kilometer produziert werden.

Dies wäre sinnvoll, es muss schrittweise schärfere CO2-Vorgaben für Industrie- und Individualverkehr geben.

31. Der Staat muss Unternehmen in der Krise finanziell beispringen.

So pauschal ist dies nicht zu beantworten. Der Staat steht natürlich in der Pflicht, allerdings sollte staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigenumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und der Belegschaften gewährt werden.

32. Aufgaben wie die Gas- und Wasserversorgung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung sollten nicht privatisiert werden.

Richtig.